

Moldaschl, Manfred

Working Paper

Wissenschaftlich-technologische Leistungsminderung Deutschlands

Papers and Preprints of the Department of Innovation Research and Sustainable Resource Management, No. 2/2010

Provided in Cooperation with:

Chemnitz University of Technology, Faculty of Economics and Business Administration

Suggested Citation: Moldaschl, Manfred (2010) : Wissenschaftlich-technologische Leistungsminderung Deutschlands, Papers and Preprints of the Department of Innovation Research and Sustainable Resource Management, No. 2/2010, Technische Universität Chemnitz, Lehrstuhl für Innovationsforschung und nachhaltiges Ressourcenmanagement, Chemnitz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/55394>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Papers and Preprints of the Department of Innovation Research and Sustainable
Resource Management (BWL IX), Chemnitz University of Technology

No. 2/2010

Wissenschaftlich-technologische Leistungsminderung Deutschlands

Thesen zu Fehlentwicklungen
im deutschen Wissenschaftssystem

Manfred Moldaschl

Februar 2010

Eine Universität, die von vierzig Prozent eines Jahrgangs besucht, muß anders aussehen als eine, zu der zehn Prozent eines Jahrgangs gehen.
Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrates

Die vom Bund getragenen Ausgaben für den reparierenden Sozialstaat à la Bismarck explodieren seit 30 Jahren geradezu.
Die vorsorgenden Ausgaben für den Chancensozialstaat, also Bildung und Wissenschaft, stagnieren. Christian Füller

Seit Jahren gibt die Bundesregierung Reports zur wissenschaftlich-technischen Leistungsfähigkeit Deutschlands heraus, mal kombiniert, mal getrennt zur technischen und zur wissenschaftlichen. Darin sieht die Entwicklung immer positiv aus. Aber das ist schließlich auch die Funktion von Evaluierung. Daß die Zahlen, die weitestgehend auf statistischer Dauerbeobachtung und ergänzenden volkswirtschaftlichen Erhebungen basieren, viele positive Trends belegen, soll auch gar nicht bestritten werden. Qualitative Fehlentwicklungen sind damit aber schwer nachzuweisen.

Zu diesen Fehlentwicklungen gehört die seit Jahren unbefriedigende, in manchen Punkten unhaltbare und sich in einigen Punkten zudem stetig verschlechternde Situation des „akademischen Mittelbaus“. Sie sorgt ihrerseits - mit nur geringer Verzögerung - dafür, daß sich die Rekrutierungsbedingungen für die Hochschulforschung kontinuierlich verschlechtern; und damit tendenziell (mit etwas mehr Verzögerung) auch die Qualität der Projektarbeit und der Projektergebnisse. Diese Art von Stetigkeit ist für sich schon ein Problem. Große Brüche würden mehr Aufmerksamkeit und mehr Widerstand erzeugen, der Frosch im langsam erhitzten Wasser aber lässt sich reglos kochen. Doch auch der Widerstand größerer Teile des akademischen Mittelbaus gegen die Novellierung des Hochschulgesetzes von 2002, die seine Situation angeblich verbessern sollte, hat die strukturelle Vertretungsschwäche dieser hochqualifizierten Beschäftigtengruppe offenbart.

(1) *Forschung ist Lehre*. Hochschulforschung hat neben der Wissensproduktion die Aufgabe der Qualifizierung, neudeutsch: der Humankapitalproduktion. Menschen, die nach ihrem berufsqualifizierenden Hochschulabschluß an der Universität bleiben, um zumindest zu promovieren oder auch eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen, gehören in der Regel zu den Besten ihres Jahrgangs. Auch bei jenen, die keine wissenschaftliche Laufbahn intendieren, ist ein Nebeneffekt des Erwerbs akademischer Titel die weitere Ausbildung dieser Personen in analytischem und synthetischem, kritischem und systematischem Denken sowie in anderen „höheren“ Kompetenzen – eine gesellschaftliche Investition ins Humankapital. In der wissenschaftsgetriebenen Wirtschaft (science-based industries) wird sie dringend benötigt.

(2) *Abschreckungsdoktrin*. Wissenschaftliche Karrieren gehören in Deutschland zu den riskantesten Berufswahlentscheidungen, die Hochqualifizierte treffen können. Bis ins Alter von gut 40 Jahren (das durchschnittliche Habilitationsalter liegt in den Sozialwissenschaften bei 41 Jahren) gibt es keine Sicherheit für qualifikationsadäquate Beschäftigung und die Wertbarkeit der Bildungsinvestition. Bis dahin hangeln sich die wissenschaftlichen Mitarbeiter von Stelle zu Stelle und von Vertrag zu Vertrag, insbesondere jene in der Forschung aktivsten, die nicht auf Assistentenstellen sitzen. Dies zudem oft mit Unterbrechungen, Phasen von

Arbeitslosigkeit (in der man ggf. die unfreiwillige Zugehörigkeit zur „digitalen Boheme“ wenigstens durch den Begriff aufwertet). Und das wiederum stets mit der Unsicherheit über die weitere Möglichkeit, die eigene Spezialisierungsrichtung fortsetzen und vertiefen zu können, oder andernfalls für die „praktische Verwendung“ zu spezialisiert oder „überqualifiziert“ zu sein. Personen, die gute WissenschaftlerInnen sein können, das aber nicht aushalten oder nicht riskieren wollen, scheiden damit schon einmal als potentieller Nachwuchs aus. Es gibt keine Zahlen darüber, welcher Anteil der potentiellen KandidatInnen das sein könnte.

(3) *Höherer Niedriglohnsektor*. Der öffentliche Dienst hinkt in der Einkommensentwicklung seit Jahrzehnten stets ein wenig der Wirtschaft hinterher, was sich auf Dauer zu beträchtlichen Abständen kumuliert. Gerade das Argument der „Beschäftigungssicherheit“, mit dem diese Lohndifferenz legitimiert wird, trifft auf die WM überhaupt nicht zu – im Gegenteil. Jeder normale Beschäftigte in der Wirtschaft, selbst der Leiharbeiter, hat im Prinzip bessere Schutzrechte. Damit wird für junge Hochqualifizierte, die womöglich nach Studienabschluß bzw. mit dem Berufseinstieg eine Familie gründen wollen, die Entlohnung an Hochschulen relativ immer unattraktiver.¹ Eine weitere massive Verschlechterung hat sich mit der Umstellung von BAT auf TVL zum 1. November 2006 ergeben, die angeblich keine Lohnsenkung sein, sondern die Möglichkeiten „leistungsgerechter Bezahlung“ verbessern sollte.² Verschlechtert wurden zugleich die Bedingungen der Anerkennung anderer beruflicher Tätigkeiten für die Eingruppierung. Es kommt hinzu, daß manche Forschungsförderinstitutionen für Nichtpromovierte nur halbe Stellen vergeben, und manche HochschullehrerInnen dort, wo volle Stellen möglich sind, diese im eigenen Interesse am Mehrarbeitspotential der Mitarbeiter teilen. In Fächern wie der Informatik lachen gute Absolventen nur, wenn man ihnen beim Versuch, sie für eine Forschungsstelle zu gewinnen, die Vergütung nennt. Der „Erfolg“ dieser Entwicklungen ist eine Art *adverse selection*: den Hochschulen bzw. der Forschung an Hochschulen stehen nur mehr solche Bewerber zur Verfügung, die entweder keine guten Karrierechancen in Wirtschaft und Verwaltung haben, oder die gemäß dem klassischen Ideal der „Berufung“ ihre instrumentellen Interessen weit hintanstellen. Natürlich gibt es weder Zahlen zu diesem Verhältnis, noch solche, welche die Einbußen an Qualität, Kreativität und Innovativität der auf dieser Grundlage durchgeführten Forschungsprojekte messen würden.

(4) *Verwaltungsrationalität*. Die Gestaltung der Arbeitsverträge an den Universitäten wird zudem durch belastet Unsicherheiten der Verwaltungen hinsichtlich der Auslegung bestehender Hochschulgesetze und deren Novellierungen, etwa in Bezug auf Kettenvertragsklauseln. Zumindest gibt es an vielen Universitäten eine rigide Auslegung, welche die eigene Risikofreiheit oder auch nur die Minimierung von Verwaltungsaufwand zum Maßstab des Verwaltungshandelns nehmen, nicht die bestmögliche Versorgung der universitären Forschungsak-

¹ Zudem hat die rotgrüne Koalition in ihrer Regierungszeit eine Rentenreform beschlossen, der zufolge nur noch bei Fachschülern, aber nicht mehr bei Fachhochschul- und Hochschulabgängern die Studienzeiten in der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Falls Studierende so weit vorausdenken, werden sie umso weniger bereit sein, die Opportunitätskosten und die Risiken mehrjähriger Forschungstätigkeit auf sich zu nehmen.

² in einem Forschungsverbundprojekt, das wir Anfang 2006 noch auf der Basis von BAT kalkuliert hatten und für den endgültigen Finanzierungsantrag zum 1. November 2006 noch auf TV-L umstellen mussten, ergab sich für 12 Mann-Jahre (vier Mitarbeiter á drei Jahre) eine Einsparung von knapp 60.000 Euro. Andernfalls wären auch die in den TV-L geregelten „Sicherungsentgelte“ für bereits nach BAT Eingruppierte überflüssig. [hier möglichst noch Zahlenbeispiele für TV-L 13 im Vergleich zu außeruniversitären Tätigkeiten]

tivitäten mit Personal. An meiner eigenen Universität erklärte mir beispielsweise die Verwaltungsleiterin, man wende das neue Landeshochschulgesetz mit seinen nun weniger restriktiven Regeln zur Begründung befristeter Arbeitsverträge nicht an.³ An vielen, wenn nicht den meisten Universitäten bestehen in den Verwaltungen *keinerlei Anreize*, die Servicequalität für die Forschung zu verbessern – im Gegenteil. Die mit Forschung zusammenhängenden Prozesse stören die Verwaltung. Zudem richten sich alle Evaluierungen – exzessiv – auf die Forschung, zunehmend auch auf die Lehre. Frei nach Gottfried Benns „Wer sah je Pappelwälder?“: Wer sah je universitäre Verwaltungsevaluierung?

(5) *Personalabwicklung*. Die Gestaltung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Beschäftigungsbedingungen erschweren in Verbindung mit den üblichen Konditionen der Forschungsförderung enorm das, was in „humankapitalintensiven“ Unternehmen heute als zentral angesehen wird: nachhaltige Personalentwicklung und –politik. Wenn es immer schwieriger wird, überdurchschnittlich qualifizierte KandidatInnen für Projektstellen zu finden, und diese dann nur befristet bleiben können, muß man es in mindestens 50% der Neuprojekte mit Berufsanfängern riskieren. Forschung ist Lehre, gut. Aber wie eine duale Lehre dauert die in der Forschung auch mindestens drei Jahre. Wenn die Mitarbeiter also mit hohem eigenen Einsatz und ebensolchem der Projektleiter zu mehr oder weniger vollwertigen Forschungsgesellen qualifiziert wurden, hängt die weitere Beschäftigungsfähigkeit sehr von den Zufälligkeiten aktueller Projektausschreibungen der Förderinstitutionen ab. Passen diese grade nicht ins Qualifikationsprofil der Person (oder des betreffenden Lehrstuhls), kann auch die erfolgreichste Akquisetätigkeit des Lehrstuhls ihre Weiterbeschäftigung nicht annähernd sicherstellen. Die Vergabe von Fördermitteln bzw. die Konstruktion der Programme nimmt - jenseits der personenbezogenen Förderung - auf die Bedingungen der Personalwirtschaft in der öffentlichen Forschung keinerlei Bezug. Es wird in *Outputkategorien* gedacht, nicht in solchen des personellen Inputs, des Humankapitals, oder mit welchen gleichartigen *termini technici* man das ausdrücken mag.

(6) *Brain Drain*. In der Schweiz sind derzeit über 50% des wissenschaftlichen Personals an Universitäten sowie des akademischen Personals an den Krankenhäusern Ausländer, überwiegend Deutsche. Es gibt unterschiedliche bildungsökonomische Berechnungen, was in den verschiedenen Disziplinen die Ausbildung einer Akademikerin oder eines Akademikers kostet – zwischen 100.000 und 500.000 Euro. Mit der Abwanderung akademisch qualifizierter Kräfte in Länder mit besseren Arbeits-, Beschäftigungs- und Einkommensbedingungen sind freilich nicht nur diese Verluste zu berechnen (sowie natürlich mit den Effekten anderer Wanderungsbewegungen zu bilanzieren), sondern v.a. die entgangenen volkswirtschaftlichen Erträge und die Einkommenssteuern. Während man das aber wenigstens annähernd berechnen kann, können die Effekte der oben genannten Bedingungen auf die Qualität und Produktivität der Projekte, der Forschung und der wissenschaftlichen Personalentwicklung kaum quantifiziert werden. Falls es tröstet: In den Kennziffern zur wissenschaftlich-technischen Leistungsfähigkeit macht es sich allenfalls indirekt bemerkbar.

³ Der Arbeitsvertrag einer Mitarbeiterin in einem meiner Drittmittelprojekte wurde nicht verlängert, weil sie bereits 6 Jahre kumulierte Beschäftigungszeiten in der Wissenschaft hatte; und das, obwohl das Projekt nur noch 6 Monate gelaufen wäre.

Alle genannten Bedingungen und Entwicklungen, die eben nicht nur mit den unterdurchschnittlichen Bildungsinvestitionen Deutschlands zu tun haben, stehen in Beziehung zu anderen gesellschaftlichen Themen, die als Probleme beklagt werden, etwa die unterdurchschnittliche Kinderzahl („Reproduktionsrate“) weiblicher Akademikerinnen oder von Akademikerhaushalten insgesamt. Oder mit dem überdurchschnittlichen Alter der Akademikerinnen bei der Geburt des ersten Kindes, verbunden mit statistisch entsprechend größeren Gesundheitsrisiken. Oder mit dem „Bildungsparadox“, wonach die Erweiterung des tertiären Bildungssektors mit geringeren Vorteilen für dessen individuelle Absolventen einher geht. Mittlerweile gibt es an den Hochschulen Segmente, in denen sich die Motive der Studierenden für den Hochschulbesuch invertiert haben. Wer außerhalb der Hochschulen aktuell wenig attraktive Berufschancen sieht, wartet heute viel eher als früher an den Hochschulen auf bessere Zeiten.

Gegen dieses schleichende Gekochtwerden muß man etwas tun. Was? Das will dieses Thesenpapier nicht beantworten. Es will nur den Diskurs anregen. Aber nicht spielen.